

## Gelebte Demokratie – Kürzungen bei den Freiwilligendiensten abgewendet

Stand 17.11.2023

**Der AKLHÜ e.V. begrüßt die in der Nacht von Donnerstag auf Freitag im Haushaltsausschuss getroffene Entscheidung, die ursprünglich vorgesehenen fatalen Kürzungen bei den Freiwilligendiensten für 2024 zurückzunehmen. Die Finanzierung der Freiwilligendienste wird nun um 80 Millionen Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf wieder auf das bisherige Niveau angehoben und gegenüber dem Vorjahr sogar leicht um zwei Mio. Euro erhöht. 53 Mio. Euro davon entfallen auf den Bundesfreiwilligendienst; 27 Millionen Euro auf das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr und den Internationalen Jugendfreiwilligendienst. Einen erheblichen Anteil an dieser Entscheidung haben mit Sicherheit die monatelangen Bemühungen junger Menschen, die Kürzungspläne der Bundesregierung zu verhindern. Sehr dankbar sind der AKLHÜ e.V. und seine 70 Mitgliedsorganisationen auch den Politikerinnen und Politiker, die sich mit großem Engagement für die Zurücknahme der Kürzungen eingesetzt haben.**

Einen Tag vor der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses, am Mittwoch, den 15.11.2023, hat die Petition der Kampagne „Freiwilligendienst stärken“ das höchste Votum im Petitionsausschuss erhalten. Die Entscheidung fiel einstimmig. Diese eindeutige Unterstützung ist äußerst selten und unterstreicht, dass auch die Parteien im Bundestag endlich erkannt haben, dass die Freiwilligendienste im In- und Ausland dringend gestärkt werden müssen. Die Petition wurde von über 100.000 Menschen unterstützt. Begleitet wurde die Petition und die Kampagne „Freiwilligendienste stärken“ von einer Vielzahl von Protestaktionen in Berlin und über ganz Deutschland verteilt. Auch die internationalen Freiwilligendienste kämpften seit Jahresbeginn für eine bessere Finanzierung des Freiwilligen Internationalen Jahrs (FIJ) und insbesondere auch die des Internationalen Jugendfreiwilligendienst. Im Rahmen der Kampagne #meinFIJerhalten führten Unterstützerinnen und Unterstützer in ganz Deutschland Gespräche mit Abgeordneten, kamen für Foto-Aktionen in Berlin zusammen und warben intensiv für die Petition. Getragen wurde #meinFIJerhalten von den Verbänden der internationalen Freiwilligendienste AGDF e.V., AKLHÜ e.V., Ventao e.V., evangelische Freiwilligendienste und dem katholischen Verbund Internationale Freiwilligendienste.

### Gelebte Demokratie

„Das Ergebnis der Bereinigungssitzung für die Freiwilligendienste ist ein sehr wichtiges Zeichen und schafft bei allen Beteiligten für den kommenden Jahrgang Erleichterung. Hier muss man auch ganz klar den Einsatz der zuständigen Politikerinnen und Politiker hervorheben. Es ist aber vor allem auch ein großartiger Lohn für die Arbeit, die junge Menschen, ehemalige und aktive Freiwillige, in den letzten Monaten für die Freiwilligendienstlandschaft geleistet haben.



Für mich ist das der Inbegriff von gelebter Demokratie. Es zeigt uns allen auf der einen Seite, wie prägend ein Freiwilligendienst ist und welche Auswirkungen Freiwilligenarbeit auch auf politisches Engagement hat. Auf der anderen Seite beweist es, dass wir angehört werden müssen und angehört werden.“ erklärt Michelle Wrecz, AKLHÜ e.V., Koordinatorin der Kampagne #meinFIIerhalten. Der AKLHÜ in Zusammenarbeit mit dem Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste wird sich weiter für die in der Petition geforderte bessere Ausgestaltung der Freiwilligendienste einsetzen.

## Geschäftsführung und Vorstand

### Kontakt:

Michelle Wrecz

Referentin für Public Affairs

AKLHÜ e.V. – Netzwerk und Fachstelle für internationale Personelle Zusammenarbeit

Tel.:0151 549 868 54, [wrecz@entwicklungsdienst.de](mailto:wrecz@entwicklungsdienst.de)

*Zum Hintergrund der Petition:* Der Petitionsausschuss hat einstimmig beschlossen, die Petition dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesfamilienministerium zur Berücksichtigung zu überweisen. Dies stellt in den Verfahrensgrundsätzen das höchstmögliche Votum da. Die Bundesregierung hat nach Beschluss der Petition im Bundestag sechs Wochen Zeit, um darzulegen, wie die Anliegen der Petition berücksichtigt werden können. Ferner hat der Petitionsausschuss beschlossen, das Anliegen der Petition allen Landesvertretungen zuzuleiten und den Fraktionen zur Kenntnis zu geben, soweit es darum geht, die Freiwilligendienste attraktiver zu gestalten und die Finanzierung sicherzustellen.